



Die Angriffe auf Palästinensische digitale Rechte

Zwischenbericht 6.-19. Mai 2021

In den letzten zwei Wochen hat 7amleh – Das Arabische Zentrum für die Entwicklung Sozialer Medien daran gearbeitet, die Verletzungen digitaler Rechte während der israelischen Angriffe auf den Gaza Streifen, auf Palästinenser in gemischten Städten in Israel, und die gewaltsame Vertreibung von Palästinensern in Ost-Jerusalem im Rahmen andauernder ethnischer Säuberung von Palästinensern zu dokumentieren. Die Zensur palästinensischer politischer Reden im Internet, sowie Hassreden und Aufstachelung gegen Palästinenser, einschließlich der Organisation gewalttätiger israelischer Lynchmobs im Internet, hat dramatisch zugenommen. Dieses Muster der Zensur palästinensischer und arabischer politischer Reden, während zeitgleich Hassreden gegen Palästinenser und Araber ungeahndet online fortbestehen, verschärft die Menschenrechtsverletzungen, welche bereits physisch stattfinden, und stellt ein Hindernis dar Grundrechte auszuüben und Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren.

Palästinenser nutzen soziale Medien zu großen Teilen, um ihre Menschenrechte zu schützen und zu verteidigen

Seit Anfang Mai demonstrieren palästinensische Gruppen gegen die Entscheidung des israelischen Obersten Gerichtshofs, Palästinenser im Ost-Jerusalem Stadtteil Sheikh Jarrah zugunsten israelischer Siedlerorganisationen und -unternehmen zu vertreiben. Durch soziale Medien gewannen die Familien von Sheikh Jarrah und Menschenrechtsgruppen die Aufmerksamkeit von Palästinensern in Israel, den besetzten palästinensischen Gebieten und internationalen Unterstützern, welche sich mobilisierten, um gegen diese Entscheidung zu protestieren. Als friedliche Proteste mit [israelischer Polizeibrutalität](#) konfrontiert wurden und extremistische israelische Siedlergruppen begannen, [Lynchmobs](#) auf [WhatsApp und Telegram](#), zu organisieren, was zur Ermordung von zwei palästinensischen Bürgern Israels sowie der Verletzung und [Verhaftung](#) von Hunderten führte, teilten Palästinenser dies über Facebook, Instagram, Twitter, und TikTok um diese Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und anzuprangern, Fälle von Zensur zu melden und zu teilen; Erklärungen, Petitionen, Briefe, Videos und Infographiken in sozialen Netzwerken zu veröffentlichen und sich an anderen Formen von online Aktivismus zu beteiligen.

Massenhafte Löschungen durch soziale Netzwerke

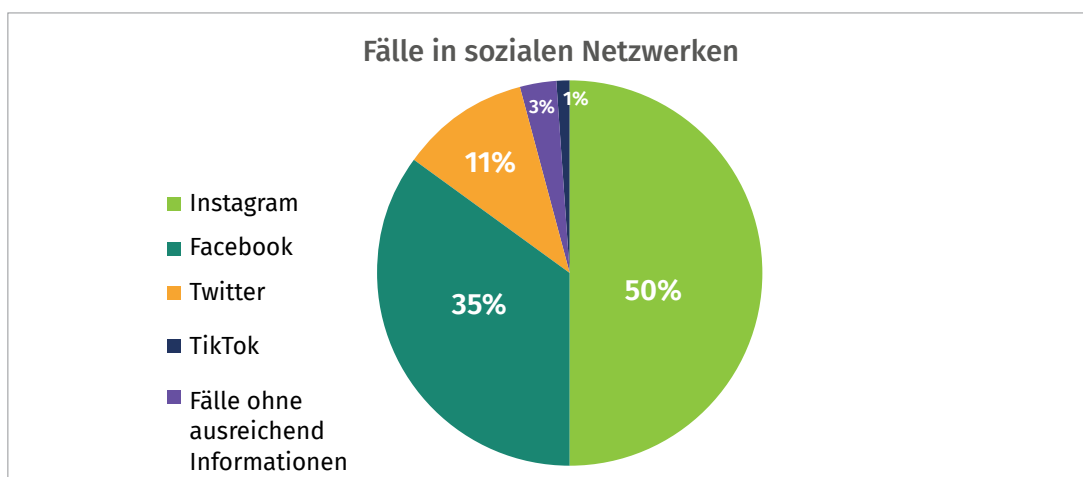
Ab dem 6. Mai begannen soziale Netzwerke palästinensische Inhalte, oft ohne klare Gründe oder Verstöße, von ihren Plattformen zu entfernen. Viele dieser Fälle stehen wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Cyber-Einheit des israelischen Justizministeriums, welches in den letzten Jahren Tausende von Fällen ohne Gerichtsverfahren und ohne Wissen von israelischen Staatsbürgern oder Palästinensern unter israelischer Besatzung an soziale Netzwerke gemeldet hat. Am 13. Mai traf sich der israelische Justiz- und Verteidigungsminister Benny Gantz mit sozialen Netzwerken und forderte die Unternehmen auf, palästinensische Inhalte zu entfernen, die „zu Gewalt aufstacheln oder falsche Informationen verbreiten“ und betonte, wie wichtig

es ist, schnell auf Anträge der staatlichen Cyber-Einheit zu reagieren und Inhalte vorrausschauend zu entfernen, wodurch die Zensur nur noch weiter intensiviert wird. Diese unbefugte und unkontrollierte Macht der israelischen Regierung ermöglicht es ihr freie Meinungsäußerung online zu regeln und Menschen zu zensieren, die nicht mit den politischen Ansichten des Staates übereinstimmen. Zeitgleich verbreiten extremistische israelische Gruppen trotz wiederholter Dokumentation von Hassreden und Aufstachelung zu Gewalt gegen Palästinenser im Internet weiterhin falsche Information und organisieren gewalttätige Angriffe im Internet.

Obwohl einige Plattformen öffentliche Erklärungen über die Zensur palästinensischer politischer Rede abgegeben haben, konzentrierten sich diese ausschließlich auf „technische Fragen“, was keine ausreichende Erklärung für die hohe Rate und Arten der Zensur ist, die von Befürwortern digitaler Rechte dokumentiert wurden. Darüber hinaus hat sich kein Unternehmen zur Notwendigkeit geäußert, das Thema der Aufstachelung zu Gewalt gegen Palästinenser auf seinen Plattformen anzugehen. Palästinenser waren in den letzten Wochen folgenden Verletzungen der digitalen Rechte ausgesetzt:

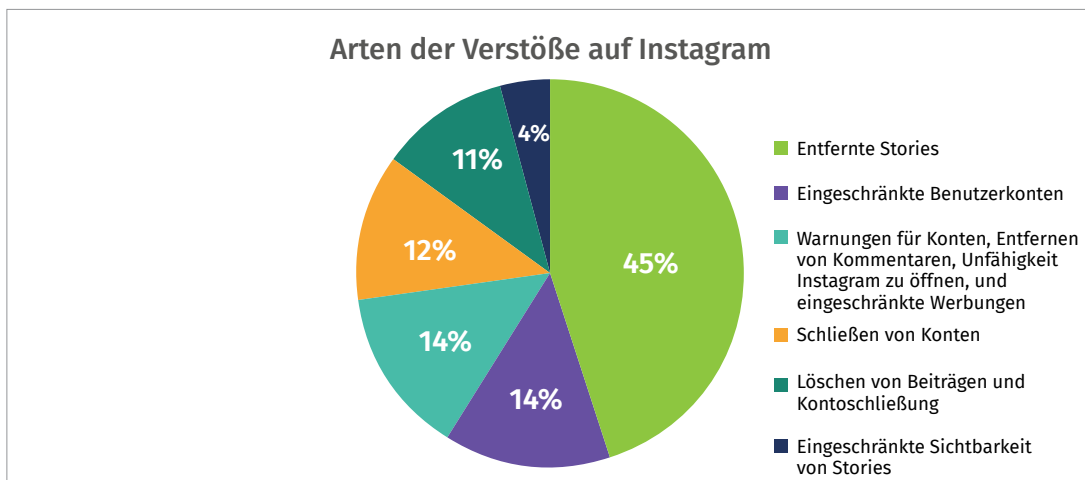
Zusammenfassung der Zensur von Inhalten und Kontosperrungen

7amleh hat zwischen dem 6. und 18. Mai 2021 500 Fälle von Verletzungen der digitalen Rechte von Palästinensern über ein Formular dokumentiert, das über seine Profile in sozialen Netzwerken und mit Unterstützung von Partnern, Verbündeten und der Öffentlichkeit verbreitet wurde. Zu diesen Fällen gehören verschiedene Arten von Verstößen wie die Deaktivierung von Inhalten, das Schließen von Benutzerkonten, das Ausblenden von Hashtags sowie die Einschränkung der Erreichbarkeit bestimmter Inhalte, das Löschen von archivierten Inhalten und das Einschränken des Zugriffs und das Entfernen von Benutzerkonten. Die gemeldeten Fälle fanden auf unterschiedlichen sozialen Netzwerken statt: 250 der 500 Fälle auf Instagram (50%), 179 auf Facebook (35%), 55 auf Twitter (11%), und 1% der gemeldeten Fälle auf TikTok. Obwohl 7amleh von vielen Verstößen auf TikTok gehört hat, sind nur 4 Fälle dokumentiert worden, die verbleibenden 3% der Fälle enthielten keine ausreichenden Informationen.

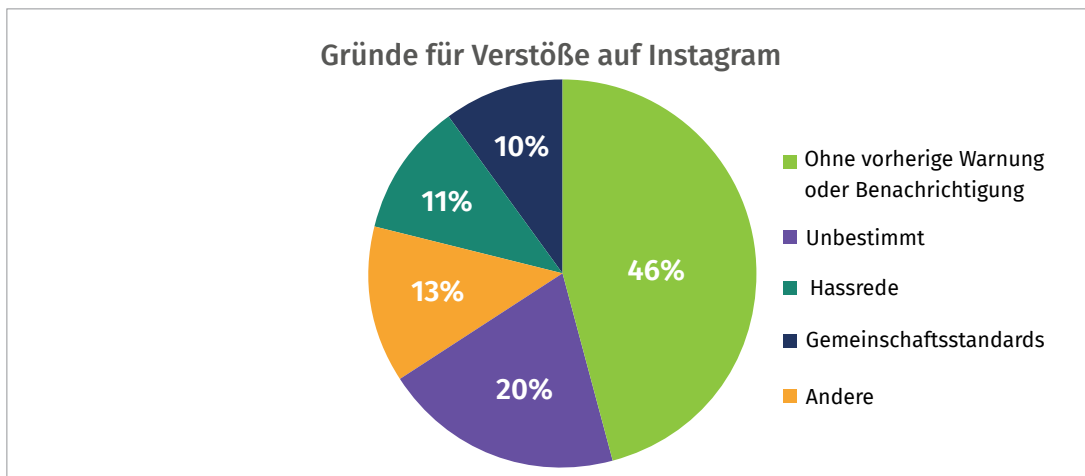


Instagram

7amleh erhielt 250 Meldungen über Verstöße auf Instagram, wobei die Entfernung von Stories von Benutzerkonten die häufigste war, was in der ersten Woche des Berichtszeitraums am häufigsten war. Insgesamt wurden 134 Fälle gelöschter Stories gemeldet, 45% aller gemeldeten Verstöße auf Instagram. Darüber hinaus waren 14% eingeschränkte Konten, das Löschen von Inhalten und die Schließung von Konten machten 11% bzw. 12% aus, und 4% bezogen sich auf eingeschränkte Ansicht von Stories. Die verbleibenden 14% der gemeldeten Fälle betrafen Warnungen für Konten, Entfernen von Kommentaren, Unfähigkeit, die Anwendung zu öffnen, und Anzeigenbeschränkungen.



Trotz eines [Tweets von Instagram am 7. Mai](#), in dem behauptet wurde, dass ein technisches Problem die meisten Verstöße verursacht habe, erhielt 7amleh weiterhin täglich eine große Anzahl von Berichten über Verstöße. Tatsächlich macht die Anzahl der nach diesem Tweet eingegangenen Meldungen 68% der Gesamtmeldungen aus.



Fast die Hälfte der Vorfälle, 46%, ereigneten sich ohne vorherige Warnung oder Benachrichtigung der Benutzer über das Löschen von Inhalten, während 20% der Fälle keinerlei Grund für die Einschränkung ihrer Inhalte erhielt. In 11% der Fälle wurde den Nutzern mitgeteilt, dass der Inhalt von Instagram als Hassrede eingestuft wird und in 10%, dass der Inhalt gegen Gemeinschaftsstandards verstößt. Die verbleibenden 13% umfassten Instagram-Bedingungen, Gemeinschaftsstandards, gefährliche Organisationen, Urheberrechtsverletzungen, Notwendigkeit der Identifizierung, Gewalt oder Anstiftung sowie beeinträchtigte Benutzerkonten und Fehler.

7amleh meldete Instagram die Beschränkung von Inhalten im Zusammenhang mit dem Hashtag Al-Aqsa, auf welche das Unternehmen reagierte und die Beschränkung aufhob.

7amleh hat Nachrichten von Instagram erhalten, in denen der Eingang, der von 7amleh eingereichten Berichte bestätigt wurde. Obwohl ein Teil der zuvor entfernten Inhalte, welcher sich auf Stories bezog, automatisch wiederhergestellt wurde, informierte das Unternehmen 7amleh nur über 12 Fälle, in denen der Inhalt wiederhergestellt wurde. Instagram bestätigte auch, dass nur ein Fall gegen die Gemeinschaftsstandards verstoßen hat, und somit nicht wiederhergestellt wird, und bestätigte, dass Instagram an weiteren 26 Fällen, welche noch analysiert und geprüft werden müssen, arbeitet. Es gibt jedoch immer noch 142 Fälle, auf welche Instagram nicht reagiert hat, außer mit einer automatischen sofortigen Empfangsbestätigung. 7amleh betont, dass zu einem späteren Zeitpunkt ein Bericht herausgegeben wird, welcher in Bezug auf diese Fälle ein Update enthält.

Your Account Has Been Disabled


You can't use Facebook. This is because some of your previous posts or comments don't follow our Community Standards.


If you think we disabled your account by mistake, you can request a review.


You have 30 days after we first took action on your account to request a review. There are 30 days remaining.

[Next](#)

[Learn more about our Community Standards](#)







 [Download Your Information](#)

 [Change Language](#)
English (US)



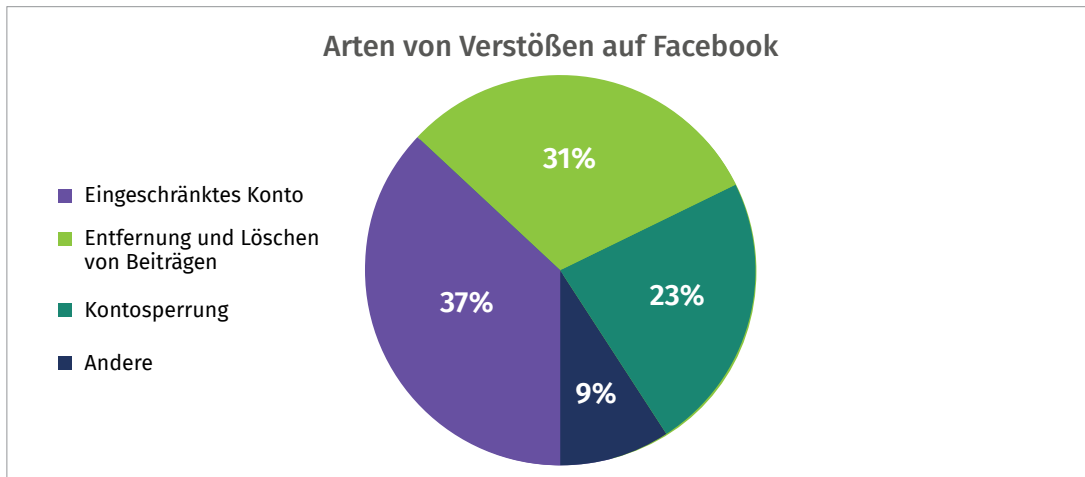
You can't post or comment for 30 days

This is because 8 of your previous posts didn't follow our Community Standards.

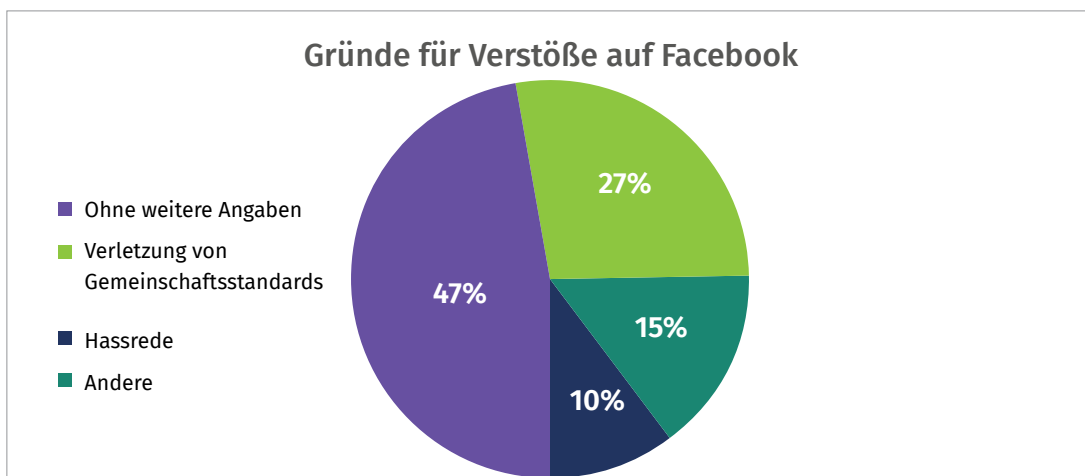
-  15 May 2021
Your post didn't follow our Community Standards
-  14 May 2021
Your post didn't follow our Community Standards
-  14 May 2021
Your post didn't follow our Community Standards
-  14 May 2021
Your post didn't follow our Community Standards
-  14 May 2021
Your post didn't follow our Community Standards
-  9 May 2021
Your comment didn't follow our

Facebook

7amleh dokumentierte 179 Fälle auf Facebook. Benutzer haben folgende Verstöße gemeldet: 37% eingeschränkte Konten, 31% Entfernen und Löschen von Inhalten, 23% Sperren von Konten, 9% verschiedene Gründe wie das Löschen der Authentifizierung, Warnungen über bestimmte Beiträge, Beschränkungen von Gruppen und Seiten, Hacking-Versuche, eingeschränkter Zugriff, Ausblenden von Hashtags, und Ausblenden der Teilen-Schaltfläche bei Beiträgen.

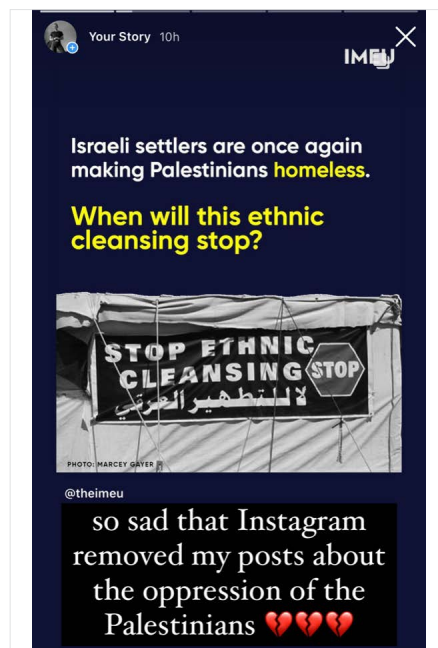
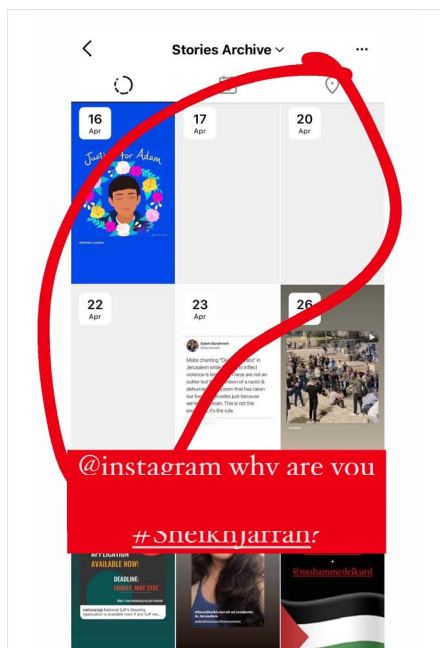
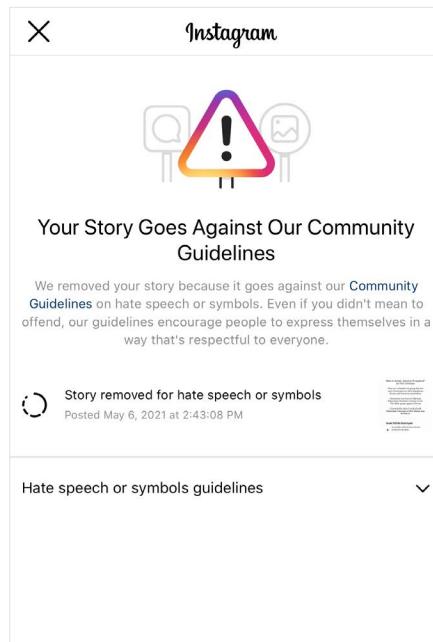
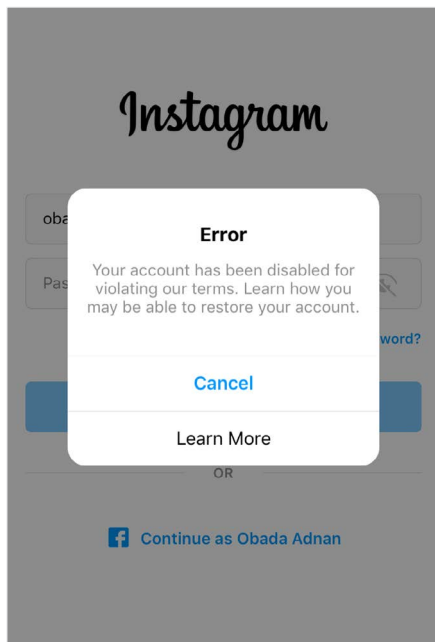


Facebook hat auf Berichte nicht ausreichend reagiert. Fast die Hälfte, 47% der Fälle, erhielt keine Begründung für die Einschränkungen durch Facebook, während 27% von Facebook mit der Verletzung von Gemeinschaftsstandards begründet wurden. 10% der gemeldeten Fälle erhielten eine Benachrichtigung, dass der Inhalt als Hassrede eingestuft wurde, während die restlichen 15% unterschiedliche Gründe wie Missbrauch, sensible Inhalte, Ausweispflicht, gewalttätige und gefährliche Organisationen, Altersgrenze, ungewöhnliche Aktivitäten, Belästigung und Spam, erhielten.



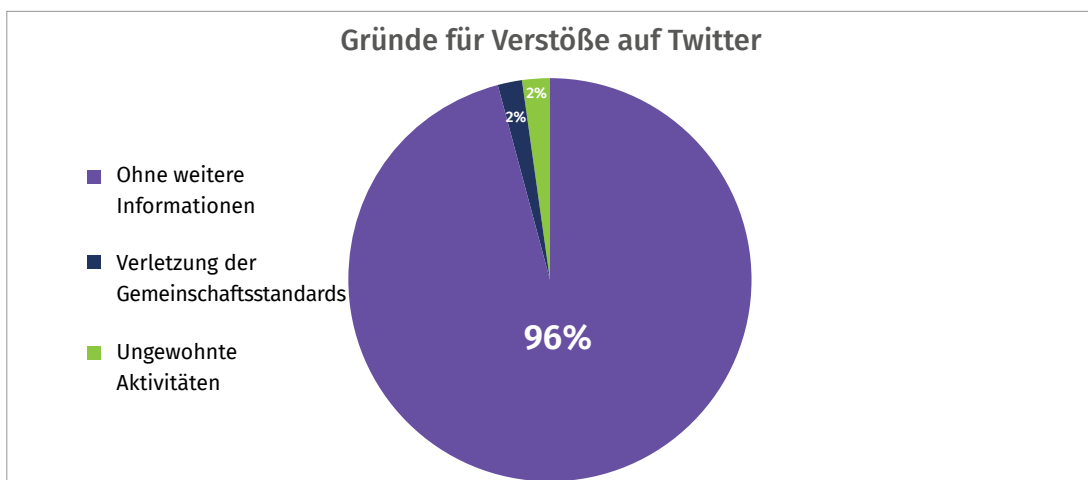
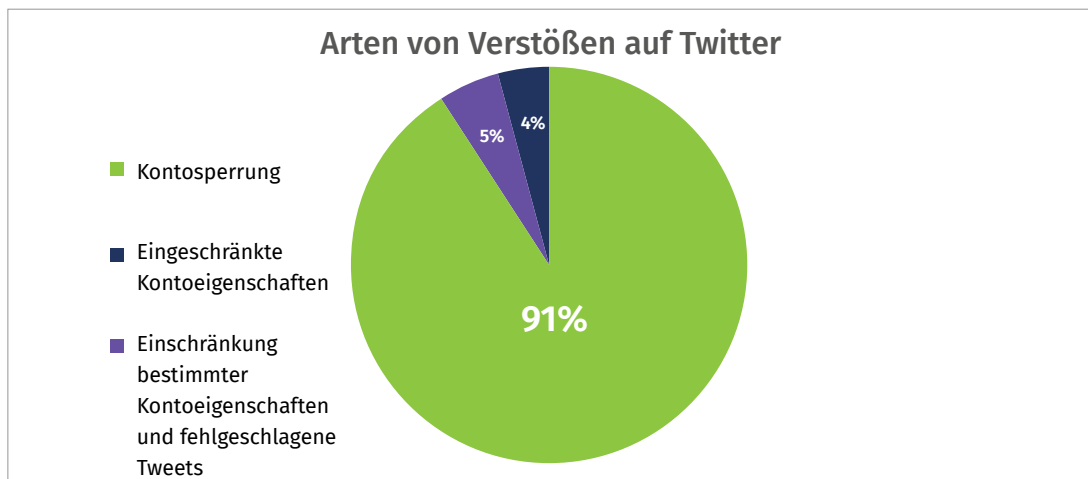
Zamleh beobachtete auch eine Zunahme von „Geo-Blocking“ auf Facebook, bei welchem soziale Medien den geografischen Standort bestimmen, von wo Inhalte veröffentlicht wurden. Zamleh dokumentierte eine Reihe dieser Fälle, welche nicht über das Meldeformular gemeldet wurden, von welchen Aktivisten aus den besetzten palästinensischen Gebieten betroffen waren.

Falsche Information verbreitete sich in sozialen Netzwerken, darunter Facebook, welches daran arbeitet, die Verbreitung einer Geschichte über [Palästinenser, die Verletzungen und Todesfälle vortäuschen](#), sowie ein Video über Palästinenser, die angeblich eine Beerdigung inszenieren, die von Reuters als Fehlinformation identifiziert wurden, zu stoppen.



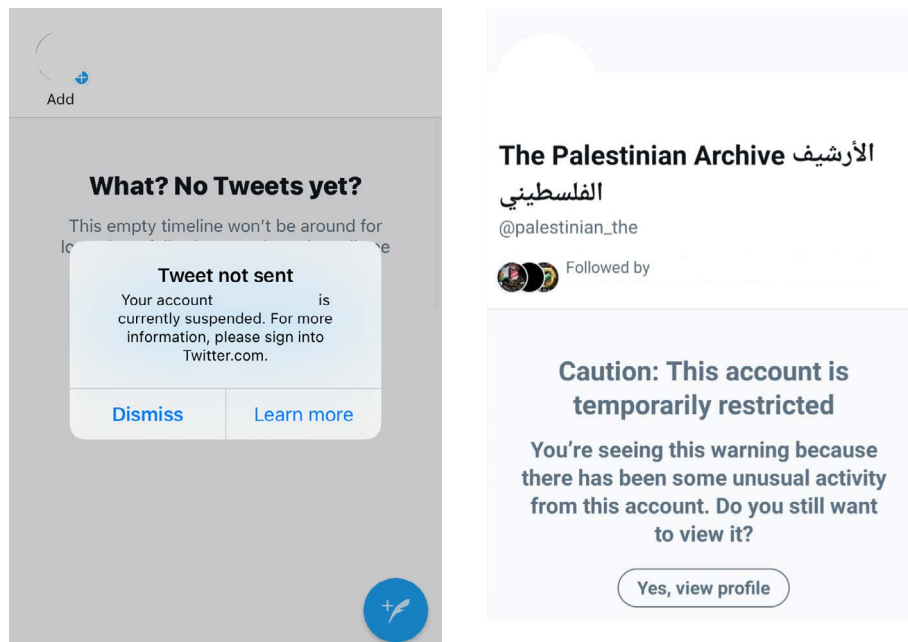
Twitter

7amleh dokumentierte 55 Fälle von Verstößen gegen palästinensische Inhalte auf Twitter, von denen 91% die Sperrung von Konten, zwei Fälle von eingeschränkten Kontofunktionen und 5% eingeschränkte Kontoeigenschaften und fehlgeschlagene Tweets waren. 96% der Benutzer erhielten keine Begründung für die von Twitter ergriffenen Maßnahmen. Ein Fall verstieß gegen die Community-Standards von Twitter, und in einem Fall führte die Entdeckung ungewöhnlicher Aktivitäten zur Sperrung des Accounts. Twitter reagierte jedoch von allen sozialen Netzwerken am meisten auf die Übermittlung von Berichten über Inhaltsverstöße durch 7amleh. Twitter reagierte positiv auf 89% der von 7amleh eingereichten Fälle und stellte den Zugang für die Eigentümer von Konten und Inhalten wieder her. Eine Antwort auf die restlichen 5 Fälle steht noch aus.



7amleh beobachtete, dass von Twitter irreführende Hashtags vorgeschlagen wurden. Anstelle von #GazaUnderAttack kam der Vorschlag beispielsweise als #GazaUnderAtackk mit einem zusätzlichen „k“ am Ende oder #SaveSheikhJarrah, was als #SaveSheikhJarrahh vorgeschlagen wurde. Die Vorschläge beziehen sich normalerweise auf die am häufigsten verwendeten und „trending“ Hashtags, diese geänderten Vorschläge sind jedoch irreführend und können die Reichweite von Tweets drastisch reduzieren.

7amleh beobachtete auch andere Verstöße, bei denen Inhalte (Bilder und/oder Videos) einigen Nutzern verborgen waren, anderen jedoch nicht, wodurch die Sichtbarkeit und Reichweite der Inhalte verringert sowie Verwirrung und Misstrauen bei den Nutzern geweckt wurden.



Whatsapp und Telegram:

Hetze gegen Palästinenser und Araber in sozialen Netzwerken

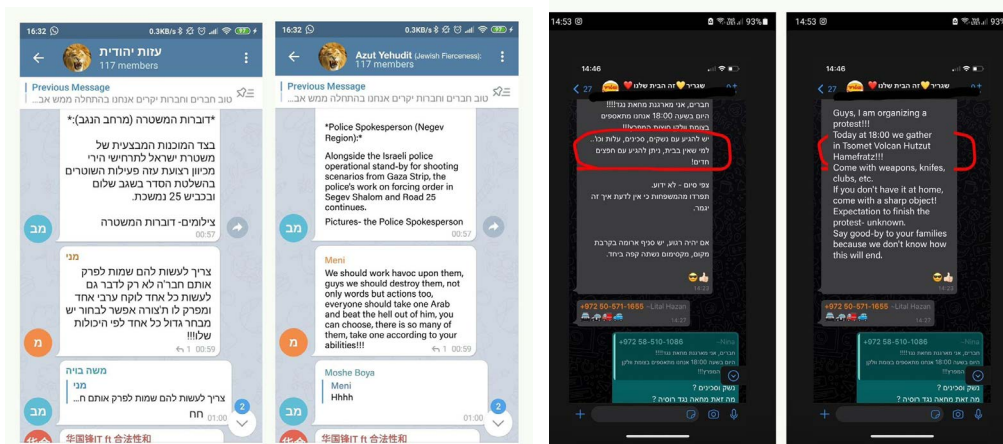
7amleh hat durch Einsendungen an unser [Formular](#) organisierte Gruppen, die sowohl über WhatsApp als auch über Telegram gegen Araber und Palästinenser mobilisierten und gegen sie hetzten, erhalten. 7amleh hat mehr als 40 solcher Fälle dokumentiert, die aufhetzende Reden gegen Araber und Palästinenser enthielten, entweder mit dem Ziel, sie zu töten, zu verbrennen oder direkt anzugreifen, sowie rassistische und Hassreden enthielten. Beispiele für solche Fälle sind:

- **Hetze und Hassreden**

„Wir müssen einen Holocaust für Araber arrangieren, sie ausrotten, ihre Kinder ermorden, die aufwachsen und zu Terroristen werden, ihre Frauen sterilisieren, ihre Männer kastrieren, ihre Häuser bombardieren, sie in Verbrennungsanlagen schicken, ihnen in den Kopf schießen und ihre Leichen auf die Straße werfen. Jeder, der Araber ist, muss sich nach Gaza verpissen, Tod den Arabern, ihr Schlampen, ich hasse euch, ich hoffe ihr sterbt wie Insekten nach der Vernichtung, ich hasse euch alle! Alle Juden sollten auf die Straße gehen, um sie [die Palästinenser] zu ermorden, zu vergewaltigen, zu verprügeln, und was das Militär und die Polizei nicht tun, werden wir tun, auch wenn es uns unsere Freiheit und unser Leben kostet. Tod den Arabern!“

- **Rassistische Rede**

„Warte und wir schicken dich in die Hölle, du Stück Scheiße, bald wirst du verhungern. Du bist nichts und alle wie du, ich werde auf dein Blut pinkeln.“



Die Dokumentation von 7amleh hat gezeigt, dass diese Gruppen nicht nur dazu dienen, zur Aufstachelung zur Gewalt aufzurufen, sondern in einigen Städten wie Haifa, Akka, Jaffa und Lyd für die Mobilisierung und Organisation von Angriffen auf Palästinenser verwendet werden. 7amleh hat Fälle dokumentiert, in denen durch diese Gruppen Angriffe auf Palästinenser organisiert wurden, wobei Gruppenmitglieder oft [Bilder der Opfer ihrer Angriffe teilen](#), um andere zu ähnlichen Angriffen zu ermutigen.

7amleh ist es gelungen, einen Teil dieser aufhetzenden und rassistischen Rede sowie Hassreden an die Zivilgesellschaft und soziale Netzwerke zu melden und einen Teil entfernen zu lassen. Dennoch gibt es in den sozialen Netzwerken noch ähnliche Inhalte, zumal soziale Netzwerke Hassreden und Hetze gegen Palästinenser nicht ausreichend proaktiv überwachen. Dieses Problem wird noch verschärft durch die

Tatsache, dass soziale Netzwerke weiterhin palästinensische politische Äußerungen übermäßig regulieren und einschränken.

7amleh betont, dass es große Unterschiede in der Intensität der Überwachung und Zensur von palästinensischen Inhalten durch soziale Netzwerke gibt, wobei häufig Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser dokumentiert werden, denen diese durch das israelische Militär, Siedler oder Zivilisten ausgesetzt sind; und im Gegensatz hierzu die unzureichende Überwachung von Rassismus, Hetze und Hassreden gegen Araber und Palästinenser, die auf Hebräisch auf denselben Plattformen veröffentlicht werden. Der Bericht [„Der Index über Rassismus und Aufhetzung“](#), welchen 7amleh jährlich herausgibt, für das Jahr 2020 zeigte, dass 1 von 10 Veröffentlichungen über Araber und Palästinenser auf Hebräisch Gewalt und gewalttätigen Diskurs gegen Araber und Palästinenser enthielt. Dies stellt einen Anstieg von 16% im Vergleich zum Vorjahr dar.

Überwachung, Ortung und Drohungen durch die israelische Regierung

Am 11. März schickte der israelische Geheimdienst Textnachrichten an [Gläubige in der Al-Aqsa-Moschee](#), in denen sie darüber informiert wurden, dass sie „als Teilnehmer an der Gewalt in der Al-Aqsa-Moschee eingestuft wurden und dementsprechend vom israelischen Geheimdienst zur Rechenschaft gezogen werden“. Diese Nachricht erfolgte aufgrund der GPS-Ortung des israelischen Geheimdienstes, die den geografischen Standort der Gläubigen ermittelte. [Der israelische Geheimdienst](#) kontaktierte auch Palästinenser und drohte ihnen mit Verhaftung und Gerichtsverfahren, falls sie ihre Dokumente und Beiträge in sozialen Netzwerken bezüglich der israelischen Polizeigewalt gegen sie nicht entfernen würden.

Anzeigen auf YouTube, die für israelische Angriffe im Gazastreifen werben

Das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten hat auf YouTube einen Videoclip beworben, der die gewaltsamen Angriffe der Israelis auf den Gazastreifen rechtfertigen soll. Das Video zeigt das letzte Filmmaterial von Raketen, die aus dem Gazastreifen abgefeuert wurden und in Israel explodierten, während eine Nachricht eingeblendet wird, die die Zuschauer informiert, dass „Israel seine Bürger vor dem Hamas-Terror schützen wird“. Diese Anzeige wurde veröffentlicht, während israelische Behörden die Angriffe und somit das Töten von Zivilisten, darunter auch Kinder, im Gazastreifen, öffentlich als „Selbstverteidigung“ rechtfertigten. Das Video erreichte [innerhalb von fünf Tagen rund 1,2 Millionen Aufrufe](#), bevor es schließlich von YouTube entfernt wurde.

Google Maps

Im Jahr 2018 veröffentlichte 7amleh den Forschungsbericht „[Kartierung der Segregation – Google Maps und die Menschenrechte der Palästinenser](#)“, welcher aufzeigt, wie die Kartierung von Google Maps in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete die öffentliche Meinungsbildung im Interesse der israelischen Regierung untermauert, und zeitgleich die Verpflichtung Googles, welcher Google sich offiziell widmet, der Wahrung internationaler menschenrechtlicher Standards widerspricht.

Während der aktuellen israelischen Angriffe im Gazastreifen erscheint der Gazastreifen auf Google Maps [verschwommen und in niedriger Auflösung](#). Obwohl Google behauptet, dass es sein Ziel ist, „dicht besiedelte Gebiete regelmäßig zu aktualisieren“, war der Gazastreifen, eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt, unklar. Die niedrige Auflösung und veraltete Karten hindern Menschenrechtsgruppen daran, die Zerstörung durch israelische Bombardierungen und die Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen, und damit die Menschenrechtsverletzungen, zu dokumentieren.

Venmo

Venmo blockiert Berichten zufolge [Spenden an palästinensische Organisationen](#), die wichtige Hilfsmaßnahmen zugunsten der Palästinenser durchführen. Dazu gehören der Palästinensische Hilfsfonds und die Palästinensische Relief Society. Dabei werden akkreditierte Organisationen wie der Palestine Children's Relief Fund und sogar Organisationen, die nur das Wort "Palästina" enthalten, von der Annahme von Spenden ausgeschlossen.

Völkerrechtsanalyse

Im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) heißt es: „Jeder Mensch hat das angeborene Recht auf Leben. Dieses Recht ist gesetzlich geschützt. Niemand darf willkürlich seines Lebens beraubt werden“. Im Einzelnen heißt es in Artikel 26: „Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf den gleichen Schutz durch das Gesetz.“ Das Recht auf Meinungsfreiheit ist in einer Reihe von internationalen und regionalen Menschenrechtsinstrumenten verankert und als Vertragsstaat des Zivilpaktes ist Israel verpflichtet, die „Freiheit, Informationen und Ideen jeder Art zu suchen, zu empfangen und weiterzugeben“ zu schützen. Darüber hinaus wird Artikel 20 des Zivilpaktes oft als „eine der schärfsten Verurteilungen von Hassreden“ bezeichnet, da er jede Kriegspropaganda sowie jede Befürwortung von nationalem, rassistischem

oder religiösem Hass, die zur Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt aufstacheln, gesetzlich verbietet. Israel als Vertragsstaat des Zivilpaktes verletzt die grundlegenden Menschenrechte der Palästinenser und vernachlässigt eklatant seine Verantwortung. Israels eklatante Zensur und rassistisch diskriminierende Politik, die darauf abzielt, palästinensische Inhalte, Erfahrungen und Stimmen zum Schweigen zu bringen, sind eine direkte Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der Palästinenser und ein Mechanismus, der die Anstiftung zu Gewalt gegen Palästinenser durch Nichtüberwachung solcher Handlungen und der fehlenden Rechenschaftspflicht von extremistischen israelischen Aufrufen zu gewalttätigen Handlungen gegen Palästinenser, erlaubt.

Die Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD) verpflichtet ihre Mitglieder zur Beseitigung von Rassendiskriminierung und zur Förderung der Verständigung zwischen allen Rassen. Die Konvention verlangt von Vertragsparteien weiterhin, Hassreden zu verbieten und die Mitgliedschaft in rassistischen Organisationen zu kriminalisieren. Israel ratifizierte ICERD 1966, legte jedoch einen Vorbehalt gegen Artikel 22 der Konvention ein, der es erlaubt, Streitigkeiten zwischen staatlichen Stellen an den Internationalen Gerichtshof zu verweisen. Die Einhaltung von ICERD durch Israel wird regelmäßig vom Ausschuss zur Beseitigung von Diskriminierung überprüft, und im Dezember 2019 hat der Ausschuss die Fragen der Sicherheit und Stabilität neu besprochen, jedoch bekräftigt, dass Israel als Vertragsstaat sich nach den Grundsätzen der Konvention richten muss. Konkret heißt es: „Ergriffene Maßnahmen sind verhältnismäßig, diskriminieren weder in ihrer Absicht noch in ihrer Wirkung gegen palästinensische Bürger Israels, Palästinenser in den besetzten palästinensischen Gebieten; und dass sie unter uneingeschränkter Achtung der Menschenrechte sowie der einschlägigen Grundsätze des humanitären Völkerrechts umgesetzt werden.“

Bei der Betrachtung der Verpflichtungen des Vertragsstaats von ICERD ist es wichtig, auch Artikel 4 anzuerkennen, der verlangt: „Die Vertragsstaaten verurteilen jede Propaganda und alle Organisationen, die auf Ideen oder Theorien der Überlegenheit einer Rasse oder Personengruppe einer Hautfarbe oder ethnischer Herkunft, beruht, oder die versuchen, Rassenhass und Diskriminierung in irgendeiner Form zu rechtfertigen oder zu fördern, und verpflichten sich, sofortige und positive Maßnahmen zu ergreifen, um jede Aufstachelung oder Handlung zu einer solchen Diskriminierung zu beseitigen, und zwar unter gebührender Beachtung zu den in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Grundsätzen und den ausdrücklich in Artikel 5 dieser Konvention niedergelegten Rechten.“ Solche diskriminierenden Handlungen und die Förderung von Hassreden sind strafbar.

Empfehlungen

Drittstaaten

- Drittstaaten müssen die israelische Regierung und soziale Netzwerke unter Druck setzen, die Menschenrechte – insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Leben und Privatsphäre einer Person – zu wahren und die Diskriminierung von Palästinensern zu beenden.
- Drittstaaten müssen aufhören, Staaten, Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu finanzieren, die Überwachungstechnologien und -apparate entwickeln, die die Menschenrechte der Palästinenser verletzen.

Unternehmen

- Unternehmen müssen eine Auswirkungsanalyse für Menschenrechte durchführen, die die Auswirkungen Israels auf die Palästinenser in Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten einbezieht, und sicherstellen, dass ihre Politik und Praktiken die negativen Auswirkungen der israelischen Politik und Praktiken auf Palästinenser nicht fördern.
- Unternehmen müssen ihre globale Politik anpassen, um zu berücksichtigen, dass Israel die palästinensischen Gebiete illegal besetzt und, wie viele Menschenrechtsorganisationen analysiert haben, einen Apartheidstaat darstellt, der sich auf den palästinensischen digitalen Raum ausdehnt.
- Vermehrte Investitionen in die Moderation und Automatisierung der Überwachung von hebräischen Inhalten und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, um ein Lexikon mit Hassreden, Aufstachelung und rassistischen Begriffen auf Hebräisch, welche gegen Palästinenser gerichtet sind, zu erstellen.
- Unternehmen müssen bei freiwilligen Deaktivierungsanträgen für Transparenz sorgen und in Transparenzberichten Informationen über Umfang und Inhalt dieser Anträge sowie von Regierungsbehörden gemeldete Standorte von Benutzern zur Verfügung stellen, um sicherzustellen, dass soziale Netzwerke Israel nicht bei der Ausweitung seines Gesetzes auf die besetzten palästinensischen Gebiete, was eine Verletzung internationaler Gesetze und Normen darstellt, unterstützen.
- Unternehmen müssen die Verbreitung von Falschinformation stoppen, indem sie Faktenprüfer einstellen, die israelische und palästinensische Inhalte untersuchen und über ein menschenrechtliches Verständnis des Kontexts verfügen

- Falschinformationen, die von der israelischen Regierung, Politikern und staatlich organisierten Nichtregierungsorganisationen verbreitet werden, müssen von sozialen Netzwerken entfernt werden.
- Unternehmen sollten keine Werbung zulassen, die Gewalt verherrlicht und Menschenrechtsverletzungen fördert, einschließlich illegaler Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten.
- Finanzdienstleistungsunternehmen sollten keine verallgemeinernden Entscheidungen treffen, die das Recht der Palästinenser auf Zugang zu Finanzdienstleistungen einschränken, ohne die tatsächlichen Risiken angemessen zu analysieren. Unternehmen sollten transparente Richtlinien implementieren und Abhilfe schaffen, wenn Finanzkonten zu Unrecht geschlossen oder gesperrt werden.
- Unternehmen dürfen den Zugang zu Geoinformationen, die für die Beantwortung humanitärer Krisen erforderlich sind, nicht verweigern. Weiterhin müssen die Informationen sich an internationalen Gesetzen und Normen orientieren, und nicht einseitig die Sicht der illegalen Besatzung widerspiegeln.
- Unternehmen müssen die zügige Beantwortung von Berichten von vertrauenswürdigen Organisationen der Zivilgesellschaft und Partnern verbessern und hierbei ausreichend Informationen teilen.

Internationale und lokale Zivilgesellschaft

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für ihre Rechte und über Methoden sich selbst zu schützen.
- Teilen der Botschaften palästinensischer Menschenrechtsorganisationen.
- Intensivierung der Bemühungen zur Dokumentation und Meldung von Verletzungen der digitalen Rechte der Palästinenser im Internet und Berichterstattung an unabhängige Überwachungsmechanismen und soziale Netzwerke.
- Unterstützung von gerichtlichen Schritten gegen Unternehmen und Regierungen, um den Schutz und die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Rechts sicherzustellen.

The information in this report
was collected till 19 March 2021

Contact 7amleh:

info@7amleh.org | www.7amleh.org

Find us on social media : **7amleh**

